

Kindern auf Augenhöhe begegnen – Recht auf Beteiligung endlich umsetzen! Stellungnahme von Daniela Rump, Vorsitzende des Kinderschutzbundes Niedersachsen (Teil 1 von 3)

Hannover, 20. September. Weltkindertag.

Liebe Kinderschützerinnen und Kinderschützer, liebe Freunde des Kinderschutzbundes, anlässlich des Weltkindertages möchte ich diese Woche in einer 3-teiligen Serie auf drei Themen aufmerksam machen, die Kinder und Jugendliche in Niedersachsen prägen und die politisch endlich umgesetzt werden sollten. Dazu gehört die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen, die Bekämpfung der Kinderarmut und das strikere Verhindern von physischer und psychischer Gewalt gegen Kinder.

Senkung des Wahlalters: Beteiligung ist ein Recht!

Unsere Gesellschaft sieht keine wirkliche und strukturelle Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen vor. Wenn von Beteiligung junger Menschen gesprochen wird, sind damit höchst unterschiedliche Rahmungen gemeint und es ist nicht von vornherein klar, ob es sich um politische, lebenspraktische oder feldbezogene Beteiligung handelt. Das Ziel muss sein, einen möglichst hohen Grad an ernsthafter Beteiligung aller junger Menschen zu erreichen. Auch Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen müssen dabei integriert werden.

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht existiert keine Verknüpfung zwischen Wahlrecht, Volljährigkeit und straf-/zivilrechtlicher Mündigkeit bzw. Geschäftsfähigkeit. Religionsmündigkeit und Strafmündigkeit beginnen mit 14 Jahren. Die rechtmäßige Fähigkeit ein Testament zu verfassen, wird mit 16 Jahren zugestanden. Ab dem ersten Lebensjahr gilt das Demonstrationsrecht ohne Einschränkungen und spezielle Regelungen. Es ist endlich Zeit, das Wahlalter zu senken!

Viele Kinder und Jugendliche sind interessiert, kritisch und engagiert. **Wer Kindern und Jugendlichen ein mangelndes Verständnis vorwirft, schließt sie vom gesellschaftlichen Diskurs aus und spricht ihnen ihr Recht auf Beteiligung und Mitsprache ab.** Eine **Senkung des Wahlalters** ist deshalb unerlässlich und sollte längst politisch umgesetzt sein.

Echte Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort schaffen

Zurzeit bestehen nur punktuell Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche. Die Landesregierung muss ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit Kommunen möglichst niederschwellig Beteiligungsformate für alle Kinder und Jugendliche vor Ort anbieten können und Kinder und Jugendliche eigene Budget- und Entscheidungskompetenzen erhalten, um ihren Wohnort mitzugestalten. Außerdem muss die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als kommunale Aufgabe in der Niedersächsischen Kommunalverfassung verankert werden. Ziel sollte sein, in jeder Kommune ein **Jugendparlament** zu verankern. Auch auf Landesebene muss jungen Menschen eine Entscheidungsbefugnis zustehen. Durch ein Kinder- und Jugendparlament auf Landesebene, dessen Beschlüsse im Landtag aufgenommen und berücksichtigt werden, könnte Kindern und Jugendlichen deutlich gemacht werden, dass ihre Meinung zählt und Berücksichtigung findet.

Alle Kinderrechte müssen Teil der (Landes-) Verfassung werden – auch und gerade das Recht auf Beteiligung!

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt in Deutschland seit 1992. Trotzdem werden die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen bei vielen wichtigen Entscheidungen von Politik und Verwaltung nicht ausreichend berücksichtigt. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Kinderrechte, bestehend aus Kinderschutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk, UNICEF Deutschland und in Kooperation mit der Deutschen Liga für das Kind, fordern wir daher die vollständige Umsetzung der Kinderrechte und ihre vollständige Aufnahme in die Verfassung.

Kinder brauchen andere Rechte, als Erwachsene. Kinder brauchen Beteiligungsrechte, damit ihre Bedürfnisse in allen Lebensbereichen berücksichtigt werden. Sie brauchen Förderrechte, weil sie am Anfang ihres Lebens stehen, sie brauchen Schutzrechte, weil sie sich nicht selbst schützen können und sehr verletzlich sind. Wenn Kinderrechte endlich in die Verfassung aufgenommen werden, ist die Politik gefordert, sie umzusetzen und in unserer Gesellschaft würden wir Kindern mit dem Wissen um ihre besonderen Bedürfnisse und Rechte begegnen.

Dafür braucht es Orte der Information für Kinder und Jugendliche. Als Anlaufstellen können Kinder- und Jugendrechte-Orte geschaffen werden, bei denen sich Kinder über ihre Rechte informieren können. In vielen Städten und Gemeinden gibt es bereits einen „Platz der Kinderrechte“, der Kinderrechte sicht- und erlebbar macht. Daran muss angeknüpft und entsprechende Projekte finanziell stärker gefördert werden. Jedes Kind braucht eine Zukunft!

.....

**Ihr direkter Kontakt
zum Kinderschutzbund – Landesverband Niedersachsen e.V.**

Pablo Sennett
Presse & Öffentlichkeitsarbeit

0172 290 21 72 // presse@dksb-nds.de

.....

Der Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen – Kinder haben Rechte!

Der Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen e.V., gegründet 1957, hat 6500 Mitglieder in 56 Orts- und Kreisverbänden. Der DKSB setzt sich für die Interessen von Kindern sowie für Veränderungen in Politik und Gesellschaft ein. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Kinderrechte, Kinder in Armut, Gewalt gegen Kinder sowie Kinder und Medien.